

POSITION

EXZELLENZINITIATIVE BERUFLICHE BILDUNG UND SICHERUNG DER AUSBILDUNGSQUALITÄT

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Sitzung vom 25. Januar 2023
Geschäftszeichen PA 18/L.

Ansprechpartner für Rückfragen:
Kristof Becker, DGB-Bundesjugendsekretär

1. Grundsätzliche Bewertung

Die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) benennt zahlreiche Herausforderungen, vor denen die Berufliche Bildung steht. Auf diese zum Teil existenziellen Herausforderungen muss das Erfolgsmodell der beruflichen Bildung in Deutschland Antworten finden. Aus Sicht der Gewerkschaftsjugend ist die Exzellenzinitiative insgesamt unzureichend, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu steigern. Nicht die individuelle Chancenförderung wird die Attraktivität der dualen Berufsausbildung nachhaltig verbessern können, sondern nur eine Förderung der Beruflichen Bildung in der Breite und eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Ausbildungsbedingungen.

Konkret heißt das unter anderem, dass der im Koalitionsvertrag enthaltene Pakt für Berufliche Schulen endlich auf den Weg gebracht werden muss. Außerdem müssen die Ausbildungsvergütungen – insbesondere die im Berufsbildungsgesetz geregelte Mindestausbildungsvergütung als untere Haltelinie – deutlich steigen. Denn eine Ausbildung ist eben nur dann attraktiv für junge Menschen, wenn sie sich die Ausbildung überhaupt leisten können. Neben diesen beunruhigenden Leerstellen in der Exzellenzinitiative sollen aber auch die in den drei Handlungsfeldern genannten Maßnahmen kommentiert werden.

2. Zu den Handlungsfeldern im Einzelnen

2.1. Handlungsfeld: Chancenförderung

Im ersten Handlungsfeld ist zunächst eine Stärkung der Berufsorientierung an Gymnasien und berufsbildenden Schulen vorgesehen. Wie dringend diese Ausweitung ist, zeigen unter anderem die Ergebnisse des DGB-Ausbildungsreports 2022: Nur jede*r Fünfte (19,6%) mit Abitur oder Fachabitur bewertet die schulische Berufsorientierung als „hilfreich“ oder sogar „sehr hilfreich“ – im Umkehrschluss heißt das, dass vier von fünf Gymnasiast*innen sie als „weniger“ oder sogar „nicht hilfreich“ bewerten.

Dennoch zeigen die Zahlen auch, dass die angestrebte Stärkung nicht nur auf Gymnasien beschränkt sein sollte: Fast drei von vier Realschüler*innen (71,1%) und sechs von zehn Hauptschüler*innen (59,6%) bewerten die schulische Berufsorientierung ebenfalls als weniger oder gar nicht hilfreich. Der Ausbau schulischer Berufsorientierung ist überfällig! Erforderlich ist eine ganzheitliche Orientierung, also eine frühzeitige und interessenbezogene Vorbereitung auf die Lebens-, Berufs- und Arbeitswelt bereits an allgemeinbildenden Schulen. Dafür muss die Berufsorientierung verbindlich in Lehrpläne aufgenommen werden, dringend mehr Lehrer*innen und Betreuer*innen eingestellt sowie gezielte Fortbildungen durchgeführt werden.

Digitale Angebote zur Berufsorientierung, deren Ausbau und Neuschaffung sowie verstärkte Sichtbarmachung die Exzellenzinitiative für junge Menschen und pädagogische Fachkräfte vorsieht,

können dabei einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Sie sind aber kein Allheilmittel und können die genannten Punkte nicht ersetzen.

Ähnlich steht es um die bessere Sichtbarkeit der Beruflichen Bildung: Ein breites Portfolio an Kommunikationsmaßnahmen, dass die Exzellenzinitiative zur Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung der beruflichen Bildung vorsieht, ist grundsätzlich zu begrüßen. Ohne eine nachhaltige Stärkung der Ausbildungsqualität und der Ausbildungsbedingungen, insbesondere der Ausbildungsvergütungen, wird hier jedoch nicht mehr als alter Wein in neuen Schläuchen verkauft. Denn nur 59 Prozent der Auszubildenden bewerten laut Ausbildungsreport die Qualität in der Berufsschule mit „gut“ oder „sehr gut“. Jeweils mehr als jede*r Zehnte muss „immer“ oder „häufig“ ausbildungsfremde Tätigkeiten erledigen (11%), sieht die eigenen Ausbilder*innen „selten“ oder „nie“ am Arbeitsplatz (11,7%) oder bekommt Arbeitsvorgänge nicht zufriedenstellend erklärt (13,2%). Gegen diese strukturellen Probleme hilft auch die beste Imagekampagne nichts!

Eine Stärkung des Aufstiegs-BAföG, wie sie in der Exzellenzinitiative vorgesehen ist, wird von den Gewerkschaften begrüßt. Die Aufstiegs-Förderung sollte aber stärker an die Bedürfnisse von Berufstätigen angepasst werden. Zur Fachkräftesicherung sollte außerdem die Erweiterung auf berufliche Umstiege und Neuorientierungen in den Blick genommen werden.

Hinsichtlich der in der Exzellenzinitiative angedachten Öffnung der Begabtenförderungswerke für „Talente der beruflichen Bildung“ sieht die Gewerkschaftsjugend keine Priorität. Die Förderung begabter Auszubildender ist Aufgabe des Arbeitgebers und nicht des Staates. Die Stärkung der Ausbildungsinfrastruktur in der Breite sowie des Lebensunterhalts aller Auszubildenden muss zwingenden Vorrang vor Einzelförderungen haben, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung tatsächlich nachhaltig zu verbessern.

2.2. Handlungsfeld: Innovative Berufsbildungsangebote

Im zweiten Handlungsfeld ist die Förderung Überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) im Bereich moderner Bauten und Ausstattung sowie der Stärkung von Wohnheimkapazitäten angedacht. Ob die vorgesehenen 750 Millionen Euro des Gesamtpakets bis 2026 hierfür wirklich ausreichend sind, um die Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten auch in der Breite zu fördern, erscheint mehr als fraglich. Außerdem darf diese Förderung nicht auf Kosten der Berufsschulen durchgeführt werden.

Auch neue Qualifizierungsangebote für das Ausbildungs- und Prüfungspersonal, eine bessere Lernortkooperation und neue Ansätze zur Gewinnung und Qualifizierung von Prüfer*innen sind selbstverständlich zu begrüßen. Jedoch werden neue Qualifizierungsangebote allein keine entscheidende Trendwende bringen, um die Berufliche Bildung zeitgemäß auszugestalten. Hierfür müsste vor allem die berufsfachlichen, aber auch die pädagogischen Ausbilder*innen-Kompetenzen regelmäßig überprüft und verbindlich nachgeschult werden. Manche Ausbilder*innen haben ihre Eignungsprüfung teilweise vor Jahrzehnten gehabt und mussten ihre Eignung seitdem nicht erneut nachweisen. Es

liegt im Interesse aller Beteiligten im dualen System sowie im Interesse exzellenter und zeitgemäßer beruflicher Bildung in der Breite, hier zu handeln.

Außerdem muss das Ehrenamt Prüfer*in deutlich attraktiver ausgestaltet werden. Denn viele Prüfungsausschüsse drohen zu überaltern. Angesichts dessen sind die angedachten Qualifizierungsangebote wichtig, aber nicht ausreichend. Es müssen die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich insbesondere auch wieder mehr junge Menschen für das Ehrenamt Prüfer*in entscheiden.

Der Abbau von Digitalisierungshemmnissen und die Vereinfachung von Anmelde-, Antrags- und sonstigen Verfahren ist zu begrüßen. Es dürfen aber unter Digitalisierungs- und Effizienzgedanken keine etablierten Mitwirkungsrechte der Sozialpartner ausgehebelt werden. Bei BBiG- und AFBG-Änderungen muss es um eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit zuständiger Stellen und Behörden gehen. Und wenn das BBiG schon reformiert wird, muss auch gleichzeitig die Mindestausbildungsvergütung deutlich erhöht werden – das sollte klar sein!

2.3. Handlungsfeld: Internationale Ausrichtung

Die im dritten Handlungsfeld angedachte Stärkung der internationalen Mobilität für Auszubildende und Lehrkräfte begrüßten die Gewerkschaften grundsätzlich. Die Ankündigungen in der Exzellenzinitiative müssen jedoch weiter konkretisiert werden, insbesondere die Rolle und Verankerung eines neu zu schaffenden Austauschdienstes. Außerdem müssen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme internationaler Mobilität verbessert werden, damit Mobilität nicht an den Anforderungen der Betriebe scheitert.

Ebenfalls begrüßen wir die Verbesserung beim Anerkennungszuspruch – fordern aber gleichzeitig die Verfahren zu vereinfachen. Außerdem muss das Angebot an Anpassungs- und Ausgleichsqualifizierungen und entsprechende Fördermöglichkeiten verbessert werden. Eine generelle Verpflichtung zur Regelung internationaler Kompetenzen in Ausbildungsrahmenplänen und ein Berufsbildungs-PISA sehen wir skeptisch.